

Niemand darf zum Kriegsdienst gezwungen werden!

09/02/2024 | Bewegungen TopNews

Von pax christi

pax christi lehnt jegliche Bestrebungen zur Wiedereinführung der Wehrpflicht ab

Erklärung zum Antikriegstag am 1. September 2024



In demokratischen Rechtsstaaten ist Kriegsdienstverweigerung ein gesetzlich geschütztes Bürgerrecht. In der Bundesrepublik gehört es zu den Grundrechten der Verfassung (Artikel 4 GG). Auch international ist das Recht auf Kriegsdienstverweigerung durch die UNO-Vollversammlung seit 1987 als internationales Menschenrecht anerkannt.

Druck oder Zwang zum Kriegsdienst schränkt dieses persönliche Freiheitsrecht ein. So tritt pax christi sowohl einer allgemeinen Dienstpflicht als auch einem Erfassungs- und Musterungszwang entgegen. Zurzeit ist die allgemeine Wehrpflicht für 18 bis 45jährige Männer in Deutschland ausgesetzt. Aktuelle Überlegungen in der Politik reichen von gesetzlich geregelten Einladungen, Prüfungen der Eignung, Vorladung zur Musterung, Einberufungen von als geeignet beurteilten Personen, über die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für volljährig gewordene junge Menschen bis zur vollständigen Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. Dazu muss zum Teil der Rechtsrahmen des Grundgesetzes geändert werden, müssen Fragen der Gleichbehandlung von Frauen und Männern, der Gleichbehandlung von Menschen gleichen Alters mit unterschiedlicher Konstitution, Lebenslage und Fähigkeit geklärt werden. Das alles hat das Ziel, die Zahl der zur Verfügung stehenden Soldat:innen zu erhöhen, weil es die äußere Sicherheit des Staates gebietet.

pax christi tritt den geplanten Eingriffen in die individuelle Freiheit junger Menschen entgegen und glaubt nicht an die Herstellung von Sicherheit durch Militär und Rüstung.

pax christi lädt alle betroffenen Menschen ein, über ihr Grundrecht nach Art. 4 Abs. 3 des GG, den Kriegsdienst zu verweigern, nachzudenken. pax christi bietet hierzu entsprechende Beratungen an. **Kontakt** können Sie über folgende Emailadresse aufnehmen: sekretariat@paxchristi.de

Während den Freiwilligendiensten das Geld entzogen wird und damit Menschen ein von ihnen gewollter freiwilliger sozialer Dienst an der Gesellschaft verwehrt wird, soll dieser auf der anderen Seite erzwungen werden. Dies darf kein Zukunftsmodell werden!